

# Mittelstand empört über „haarsträubende Erhöhungen“

**NEUE GEZ-GEBÜHREN** MIT-Kreischef Uhlmann: „Betriebe müssen bis zu 700 Prozent mehr zahlen“

Von Edith Lund

**Harburg/Buchholz.** Gerechtere Rundfunkgebühren waren versprochen worden. Doch die Neuordnung, die ab 2013 gelten soll, wird mittelständischen Firmen drastische Verschlechterungen bescheren, und auch Privatleute – unter anderem Menschen mit Behinderung – fühlen sich von der Gebühreneinzugszentrale (GEZ) auf ungebührliche Weise abgezockt, falls die gesetzliche Regelung wie geplant Gesetz werden sollte.

Von „teilweise haarsträubenden Erhöhungen von bis zu 700 Prozent“, die auf viele Betriebe zukämen, spricht Wilfried Uhlmann, Vorsitzender der CDU-Mittel-

standsvereinigung (MIT) im Landkreis Harburg, während Uwe Tanger von der Buchholzer Schlaganfallhilfe einen weiteren Sozialabbau befürchtet: „Sollte die Gebührenneuordnung in der vorgeschlagenen Form durchkommen, greift man Menschen in die Taschen, die vom Schicksal ohnehin benachteiligt sind und wegen ihrer Erkrankung oder Behinderung sowieso schon höhere Ausgaben haben als andere.“

Schwer behinderte und sogar stark sehbehinderte, blinde und gehörlose Menschen sollen laut Neuordnung nicht mehr, wie es derzeit noch der Fall ist, aufgrund ihrer Behinderung von den Gebühren befreit sein, sondern mit einem er-

mäßigten Satz von einem Drittel zur Kasse gebeten werden. Uwe Tanger will das Thema am Mittwoch bei einem Treffen mit dem VdK zur Sprache bringen: „Ich schätze mal, dass viele noch gar nicht mitbekommen haben, was die Politik da vor hat.“ Er hofft, dass der entsprechende Passus zurückgenommen wird.

Eine Änderung in letzter Minute ist auch das Ziel von Wilfried Uhlmann. Denn das Gesetz soll noch in diesem Jahr, voraussichtlich im Dezember, verabschiedet werden. „Bei den Regelungen für mittelständische Betriebe muss unbedingt nachgebessert werden“, meint der MIT-Kreisverbandschef. Er hat sich deshalb mit einem offe-

nen Brief an die Ministerpräsidenten der Länder gewandt. „Das neue Modell ist für mittelständische Unternehmen nicht akzeptabel“, schrieb Uhlmann den Länderchefs ins Stammbuch, nachdem diese den neuen Rundfunkgebühren-Staatsvertrag vor wenigen Tagen abgesegnet hatten.

Dieser Vertrag bildet die gesetzliche Grundlage, nach der die Gebühreneinzugszentrale (GEZ) vom 1. Januar 2013 an die Rundfunkgebühren in ihrer neuen Form erheben soll. „Einiges ist sicherlich gerechter geworden“, räumt der MIT-Kreischef ein, „aber es gibt immer noch eine gewaltige Schiefelage, die wir nicht akzeptieren können.“ ▶ Seite 4, Kommentar Seite 2

## ► **Kommentar** von Edith Lund



### Neue Ungerechtigkeiten

Zugegeben, die neuen GEZ-Gebühren werden ab 2013 für einen großen Teil der Privathaushalte gerechter und vor allem durchschaubarer. Künftig soll es eine geräteunabhängige Pauschale pro Haushalt geben, ganz gleich, wie viele Rundfunk- und TV-empfangsfähige Geräte sich in den vier Wänden und Autos der dort gemeldeten Personen befinden. Schwarz sehen war gestern. Diese Ungerechtigkeit ist also weg.

Dafür sind etliche neue aus dem Boden geschossen, die in einer reichlich realitätsfernen Denkschmiede in sozialer Eiseskälte entstanden sein dürften. Wer zum Beispiel schwer behinderte Menschen künftig mit Gebühren zur Kasse bitten will, scheint in den ver-

gangenen Monaten im Tiefschlaf gelegen und nicht mitbekommen zu haben, dass schon die Gesundheitsreform diese Gruppe ungebührlich abgezockt und manchen Betroffenen in die Existenzkrise gestürzt hat. Als nächste will jetzt also die GEZ zulang.

Existenziell gefährlich kann der neue GEZ-Gebührenirrsinn auch für die mittelständische Wirtschaft werden. Künftig sollen Unternehmen für jede Filiale und für jedes Dienstauto (bis auf eines) eine Gebühr entrichten. Laut einer Umfrage muss jeder Handwerksbetrieb dann jährlich etwa 450 Euro mehr bezahlen – wohlgermerkt: im Schnitt, nicht in jedem Einzelfall. Denn da kann es exorbitant mehr werden.

# Heftige Kritik an GEZ-Gebührenerhöhung: „Zum Teil aberwitzig und ungerecht“

**NEUORDNUNG** Freude bei Kleingärtnern, Verärgerung bei Mittelstand und Behinderten

**Buchholz/Harburg (ewa).** Die GEZ-Gebühren werden ab 2013 nicht mehr für jedes Radio- und TV-Gerät sowie für jedes „neuartige Rundfunkgerät“ (Computer, Laptop, internetfähiges Telefon) fällig, sondern künftig nahezu ausnahmslos für jeden Haushalt erhoben. Auch Unternehmen brauchen nicht mehr jedes Gerät im Büro anzumelden. Hier hat der Gesetzgeber eine Staffelung vorgesehen, die allerdings bei mittelständischen Unternehmen heftig in der Kritik steht, wie Wilfried Uhlmann, Vorsitzender des MIT-Kreisverbandes, sagte.

Kernpunkt der Gebühren-

neuordnung ist die sogenannte Haushaltspauschale von monatlich 17,98 Euro, also 215,76 Euro im Jahr. Doch der Teufel liegt, wie immer, auch bei den neuen Gebühren im Detail. Künftig soll es beispielsweise so gut wie keine Befreiungen mehr geben. Ausnahmen sollen nur noch Geringverdienern, Empfängern von Hartz-IV-Leistungen und Arbeitslosen auf Antrag gewährt werden.

Kleingärtner dürften sich dagegen freuen: Sie werden ab 2013 nicht mehr mit zusätzlichen Gebühren zur Kasse gebeten, wenn sie in ihrer Laube ein Radio- oder Fernsehgerät

betreiben. Bislang mussten sie auf ihrer Parzelle für die Dauer der Saison voll zahlen. Hatten sie entsprechende Geräte nicht angemeldet und wurden von unangemeldeten Kontrolleuren erwischt, wie wiederholt in Hamburger Kleingartenkolonien geschehen, konnte es teuer werden: Da drohten gewaltige Nachzahlungen.

Wer dagegen eine Zweit- oder Ferienwohnung besitzt, wird von der GEZ auch bei der Neuregelung zur Kasse gebeten, muss allerdings – anders als ursprünglich geplant – nicht den vollen Satz berappen, sondern wird voraussichtlich mit einem ermäßigten Beitrag von 5,99 Euro im Monat dabei sein.

Ob allerdings am Hauptwohnsitz oder in der Zweitwohnung überhaupt ein Empfangsgerät steht, wird dabei von 2013 an keine Rolle mehr spielen. Für Privathaushalte gilt dann generell: Gezahlt werden muss in jedem Fall – und zwar auch, wenn sich Menschen bewusst für ein Leben ohne „Flimmerkiste“ entschieden haben. „Ich kenne zwei solcher Familien“, sagt Antje Dedio (Drage), im Land-

kreis Harburg ehrenamtliche Vertreterin behinderter Kinder im Behindertenbeirat. „Es wäre nicht gerecht, wenn diese Menschen für etwas bezahlen müssten, was sie nicht in Anspruch nehmen.“ Schlimm fände sie es auch, wenn Behinderte zur Kasse gebeten würden, denn sie hätten es schon schwer genug.

Ungerechtigkeiten sehen auch die mittelständischen

„Das wäre doch nicht gerecht!“

**Antje Dedio, Behindertenbeirat**

Firmen auf sich zukommen. Sie sollen von 2013 an einen geräteunabhängigen Pauschalbetrag für jede einzelne Betriebsstätte und für jeden – bis auf einen – Firmenwagen zahlen. „Aberwitzig“ nennt Wilfried Uhlmann, Kreisvorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung (MIT), die Neuregelung. Das werde viele Handwerksbetriebe hart treffen: „Von einigen wissen wir, dass die GEZ-Beiträge dann in die Hunderte, zum Teil in die Tausende Euro steigen.“

GEZ-GEBÜHREN

## Für 37 Millionen TV-Geräte

Die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (GEZ) in Köln hat 2009 annähernd 42,5 Millionen Teilnehmerkonten in ganz Deutschland geführt. Demnach waren rund 37 Millionen Fernsehgeräte, 43 Millionen Radios und ungefähr eine viertel Million so genannter neuartiger Rundfunkgeräte wie Computer, Laptops und internetfähige Telefone (Smartphones) gemeldet. 2009 hat die GEZ mehr als 7,6 Milliarden Euro an Gebühren eingenommen. Daraus finanzieren sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk und das öffentlich-rechtliche Fernsehen von ARD und ZDF sowie die Landesmedienanstalten. Ungefähr zehn Prozent aller Gebührenzahler sind derzeit aus sozialen oder Gesundheitsgründen von der Gebührenpflicht befreit.

(ewa)